



# Protokoll kantonalen Parteitag Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn vom 18. Oktober 2025, Gemeindehaus in Erlinsbach 14.15 – 16.15 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 57  
Absolutes Mehr: 29



## **Geschäftsliste**

### **1. Eröffnung des Parteitages**

### **2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen**

### **3. Genehmigung der Geschäftsliste**

### **4. Genehmigung Parteitags-Protokoll vom 18. August 2025**

### **5. National: Service-Citoyen-Initiative**

- Podium mit Andrea Zyrd, Nationalrätin SP und einer Vertretung der Service-Citoyen Initiative
- Diskussion
- Parolenfassung

### **6. National: IFeZ JUSO**

- Referat Clea Maria Melar, JUSO SO
- Diskussion
- Parolenfassung

### **7. Kantonal: Kauf Liegenschaft Bielstrasse 3 Solothurn**

- Input: Matthias Anderegg, Kantonsrat SP
- Diskussion
- Parolenfassung

### **8. Kantonal: Bewilligungsausschluss für professionelle Lottoanbieter**

- Input: Hardy Jäggi, Co-Präsident SP Kt. Solothurn
- Diskussion
- Parolenfassung

### **9. Kantonal: Kürzung des STAF-Ausgleichs in den Jahren 2026/2027**

- Input: Simon Bürki, Kantonsrat SP
- Diskussion
- Parolenfassung

### **10. Varia**

## 1. Eröffnung des Parteitags

*Angela Petiti, Co-Präsidentin der SP Kanton Solothurn hat das Wort.*

Für mich ist es schwierig heute hier zu stehen und etwas zu sagen. Nachdem ich in meinen Ferien dreimal versucht habe eine Rede für den heutigen Parteitag zu schreiben, stehe ich heute vor euch. Es gibt Momente, da kann man einfach nicht das Richtige sagen und dann sagt man am besten einmal nichts. Ich bin dafür, laut zu sein. Ich bin dafür, Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Ich bin dafür, sich für Solidarität einzusetzen und ich bin dafür, auf die Strasse zu gehen. Ich bin dafür zu demonstrieren. Aber immer ohne Gewalt ohne Aufruf zu Hass und ohne Sachbeschädigungen. Wir distanzieren uns klar von jeglicher Gewalt und Sachbeschädigungen. Dies gilt es zu verurteilen. Das sind nicht wir und das ist nicht unsere Art Politik zu machen und es schadet immer unseren Anliegen. Wenn die Welt sich überschlägt und alle schreien und einem, Meinungen in einer wahnsinnigen Lautstärke aufgedrückt werden, ohne dem Gegenüber zuzuhören, ohne zuerst mal die Sachlage und die Geschichte dazu anzuhören, Schuldzuweisungen an der Tagesordnung sind, dann ist es vielleicht an der Zeit einfach mal zu schweigen. Einem bewusst zu sein, dass der eigenen kleinen Meinung im aktuellen Zeitpunkt so oder so nicht zugehört wird, da jede und jeder nur noch am Senden ist. Bewirken meine Worte und mein Handeln aktuell wirklich etwas? Oder wäre es nicht besser meine Arbeit im Hintergrund auszuführen, um etwas zu bewirken. Der ganzen Welt könnte es besser gehen, wenn bedachter mit Worten und Ereignissen umgegangen wird und man sich zuerst mal ein Bild macht. Mein Aufruf ist genau das, was wir heute Morgen gemacht haben, gemeinsam zu analysieren, Situation anzuschauen, was ist richtig gelaufen und was nicht und einander zuzuhören. Dies können wir als Kantonalpartei machen, wenn wir aufeinander zugehen und in einen Dialog miteinander gehen und wenn wir fair streiten. Das ist unsere Aufgabe. Der Parteitag ist eröffnet.



## 2. Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler:innen

Hardy Jäggi informiert, dass als Stimmenzähler:innen Jakob Thiel, Özlem Kellenberger-Yüksel und Elia Marti vorgeschlagen werden.

### **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

### **Beschluss**

Jakob Thiel, Özlem Kellenberger-Yüksel und Elia Marti werden einstimmig als Stimmenzähler:innen gewählt.

### 3. Genehmigung der Geschäftsliste

Hardy Jäggi stellt die Geschäftsliste zur Diskussion.

#### **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

#### **Beschluss**

Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 18. Oktober 2025 wird einstimmig genehmigt.

### 4. Genehmigung Parteitags-Protokoll vom 18. August 2025

Hardy Jäggi stellt das Protokoll des Parteitags vom 18. August 2025 zur Diskussion.

#### **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

#### **Beschluss**

Das Protokoll des Parteitags vom 18. August 2025 wird einstimmig genehmigt.

### 5. National: Service-Citoyen-Initiative

Es findet eine Diskussion statt zur Service-Citoyen-Initiative. Teilnehmende sind Andrea Zryd, SP-Nationalrätin aus Biel und Noémi Roten, Präsidentin des Initiativkomitees. Moderiert wird das Gespräch von Niels Kruse, Parteisekretär. Die beiden geladenen Gäste lieferten sich eine angeregte Diskussion. Die «Volksinitiative für eine engagierte Schweiz» fordert einen Bürgerdienst für alle (auch Frauen), und zwar für Allgemeinheit und Umwelt. So könnten Bestände von Armee und Zivilschutz sichergestellt werden, aber auch Dienste im Bildungsbereich oder der Pflege wären möglich. Für Noémi Roten ist die Initiative ein Instrument, um das Engagement von allen Menschen anzuerkennen, nicht nur wie heute jenes von Milizdienstpflichtigen. «Engagement soll nicht mehr ein Privileg von wenigen sein, sondern eine Chance für alle», so die Präsidentin des Komitees. «Die Initiative ist eine Antwort darauf, dass die gespaltene Gesellschaft wieder zusammenkommt und man das volle Potenzial der Schweiz nutzen kann.» Andrea Zryd vertrat die Haltung der nationalen SP und hielt dagegen: «Im ersten Moment ging es mir wie vielen und ich hatte Sympathien für das Anliegen. Doch bei der Umsetzung gibt es grosse Probleme.» Es sei fraglich, ob es überhaupt genügend Plätze gebe, um so viele neue Dienstausübende zu platzieren. Zudem würden mehr Menschen dem Arbeitsmarkt fehlen und die Mehrkosten für den Erwerbssersatz wären gross. Nicht zuletzt fürchtet sie, dass durch diese neuen, billigen Arbeitskräfte Lohndumping betrieben werden könnte.



## **Diskussion**

Evelyn Gmurczyk, SP Solothurn-Stadt: Welche Länder kennen einen freiwilligen Zivildienst?

Noémi Rothen: Amerika hat einen freiwilligen Zivildienst. Norwegen hat ein Modell mit einer allgemeinen Stellungspflicht.

Andrea Zryd: Bei den nordischen Ländern muss man aufpassen, die sind gerade betreffend Gleichstellung und kürzeren Arbeitszeiten besser aufgestellt als wir in der Schweiz.

Nadine Vögeli, SP Hägendorf: Sie hat Sympathien für die Initiative. Es wird nicht Fachpersonal durch eine Hilfskraft ersetzt, aber es gibt Bereiche in denen zwei Hände mehr einfach gut wären, einen Ausflug machen mit Menschen mit Behinderungen, ein Buch vorlesen in einem Alters- und Pflegeheim, etwas mit den Leuten unternehmen. Wir haben einen Mangel im Zivildienst und der Zivildienst wird nun geschwächt.

Dominique Plattner, SP Dulliken: Alle sollen ihren Beitrag leisten, habe ich öfters gehört. So wie ich das gelesen habe, gilt das aber nur für Schweizer Bürger:innen. Wieso?

Noémi Rothen: Abs. 5 im Initiativtext öffnet die Tür, dass auch Ausländerinnen und Ausländer Dienst leisten könnten. Natürlich muss hierbei entschieden werden in welchen Bereichen.

Claudia Schmid-Weber, SP Olten: In der Pflege gibt es Richtlinien wie viele Fachkräfte vor Ort sein müssen, aber im Sozialen sieht das anders aus. Bspw. die offene Jugendarbeit hat schweizweit keinen Stellenschlüssel. Es gibt viele Organisationen in diesen Bereichen, die jetzt bereits mit Praktikanten und Zivildienstleistenden arbeiten. Wir brauchen in diesen Bereichen ausgebildete Fachleute. Gerade Gemeinden greifen sehr schnell nach günstigen Arbeitskräften, wenn es um Kinder und Jugendliche geht.

Franz Meier, SP Solothurn-Stadt: Es heisst im Initiativtext nichts über das Alter. Wer muss diesen Dienst leisten?

Noémi Rothen. Der Initiativtext lässt das Alter offen. Auch betreffend der Wehrpflicht steht aktuell in der Verfassung kein Alter, da der Gesetzgeber flexibel entscheiden muss, wer, wann Dienst leistet.

Nicole Schüpbach, Co-Präsidentin SP Frauen Kanton Solothurn: Wir lehnen die Initiative deutlich ab um empfehlen den Delegierten die Nein-Parole.

## **Parolenfassung**

Die SP Kanton Solothurn fasst mit 45 Nein-Stimmen, 6 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen die Nein-Parole.

## **6. National IFeZ JUSO**

Clea Maria Melar, Co-Präsidentin JUSO Kanton Solothurn informiert über die von der JUSO eingereichte «Initiative für eine Zukunft». Die Initiative will, dass Erbschaften und Schenkungen ab 50 Millionen Franken zu 50 Prozent versteuert werden, um mit den Einnahmen den Klimawandel zu bekämpfen. Gemäss Clea Maria Melar sind vor allem die Superreichen für die CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Nur rund 2500 Superreiche in der Schweiz würden von der Initiative getroffen, doch das würde zu jährlichen Einnahmen von sechs Milliarden Franken führen.



## **Diskussion**

Daniela Gysling, SP Erlinsbach: Der Titel ist irreführend, wenn hier steht «Superreiche stoppen» verstehe ich dies nicht. Wir benötigen doch die Superreichen, wenn sie so viel bezahlen? Wie will man verhindern, dass die Superreichen wegziehen?

Clea Maria Melar: In diversen Ländern, bspw. Norwegen wurde die Vermögenssteuer erhöht. Auch dort haben die Superreichen gedroht, dass sie wegziehen. Bis heute ist noch nichts geschehen, die Steuereinnahmen sind gestiegen. Auch haben wir in unserem Initiativtext genau deshalb eine Wegzugssteuer eingebaut. Somit müssten die Superreichen dennoch ihren Beitrag bezahlen.

Matthias Anderegg, SP Stadt-Solothurn: Die Idee dahinter ist lobenswert, aber die Ausformulierung stört mich. Volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich ist das eine völlig unrealistische Vorlage, die wir hier auf dem Tisch haben. Die Superreichen sind hochmobil. Warum kann man nicht einmal etwas machen, das auch nur ansatzweise mehrheitsfähig ist? So sei es schon fast müssig, darüber zu diskutieren.

Dominique Plattner, SP Dulliken: Dass wir nun noch für diese Superreichen argumentieren, finde ich schon etwas speziell, gerade wenn es um unsere Parolenfassung geht, auch wenn die Initiative beim Volk eventuell nicht reüssiert. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir hier heute Ja sagen zu dieser Initiative.

Franz Meier, SP Stadt-Solothurn: Wir müssen in der Schweiz Sorge halten zu unserer politischen Kultur. Vorher habe ich ein Referat gehört, in welchem die Superreichen als Schuldige für das Klimaproblem dargestellt werden. Ich stelle den Antrag, dass wir Stimmfreigabe beschliessen. Der 50% Steuersatz ist unvernünftig. Es rechnet auch niemand damit, dass die Initiative angenommen wird. Die SP macht sich lächerlich, wenn sie so etwas unterstützt. Man soll aufhören «mit dieser Schaumschlägerei». Ich unterstütze eine Erbschaftssteuer aber nicht auf diese radikale Art.

Angela Petiti, Co-Präsidentin: Ich bitte um eine respektvolle und sachliche Diskussionskultur.

Clea Maria Melar: Wir wollen mit der Initiative aufzeigen, wer für die Klimakrise verantwortlich ist. Und dieser Personenkreis soll zur Verantwortung gezogen werden. Wenn die bürgerlichen Parteien populistisch sein können, dann können wir dies auch mal.

Nadine Vögeli, SP Hägendorf: Einerseits sind die Vermögen sehr mobil. Wenn wir grosse Firmen haben, die im Familienbesitz sind, wird es bei einer Erbschaft schwierig. Wenn diese Arbeitsplätze wegfallen, kann dies für die Arbeitsplätze und für ganze Regionen sehr einschneidend sind.

Leo Valentin Hug, JUSO: Ich möchte euch die Ja-Parole empfehlen. Es braucht in diesem Land eine Partei, die sich auf die Seite des Klimaschutzes stellt. Die Initiative ist der einzige Vorschlag, der aktuell auf dem Tisch liegt, der das Klimaproblem und die ungleiche Vermögensverteilung angeht. Und dies sollte auch wertgeschätzt werden. Ich bin bemüht seit Jahren, dass man über diese Initiative einen Diskurs halten kann, man kann dafür oder dagegen sein, aber ich verwehre mich dagegen, dass sie als «lächerlich» bezeichnet wird. Uns zu unterstellen, dass wir von nichts eine Ahnung haben, finde ich nicht in Ordnung. Klimaschutz kostet, aber kein Klimaschutz wird uns noch viel mehr kosten. Mit dieser Initiative haben Kanton und Bund erstmals Möglichkeiten Milliardeninvestitionen für den Klimaschutz einzusetzen, und zwar solche die sozial und gerecht sind. Es geht auch darum Unabhängigkeit zu schaffen gegenüber dem Ausland. Ich bitte euch darum die Ja-Parole zu beschliessen.

Luc Nünlist, SP Olten: In der Geschäftsleitung wurde einstimmig die Ja-Parole beschlossen. Die Vermögensumverteilung ist eines der grossen Probleme unserer Generation. Und auf unserer Seite gibt es hierzu verschiedene Lösungsvorschläge.

Klaus Koschmann, SP Kanton Solothurn: Die FDP behauptet immer, dass wir ein Problem bei den Familienunternehmen haben und dass diese mit dieser Initiative zerstört werden. Die Initiative benötigt ein Umsetzungskonzept und dabei kann man natürlich problemlos Möglichkeiten hierzu vorsehen, dass man bspw. ein Unternehmen nicht verkaufen muss. Der entsprechende Steuerbetrag kann auch in Wertschriften bezahlt werden. Diese werden nur passiv verwaltet. Innerhalb eines gewissen Zeitraums können die Wertschriften von den Familien zurückbezahlt werden.

Hardy Jäggi, Co-Präsident: Der Antrag auf Stimmfreigabe wird dem Antrag auf die Ja-Parole gegenübergestellt. Der obsiegende Anlass wird dann der Nein-Parole gegenübergestellt.

#### **Beschluss 1:**

Der Antrag der GL auf die Ja-Parole gegenüber Stimmfreigabe wird mit grossem Mehr zugestimmt.

#### **Parolenfassung**

Die SP Kanton Solothurn fasst mit 49:8 Stimmen die Ja-Parole.

## **7. Kantonal: Kauf Liegenschaft Bielstrasse 3 Solothurn**

*Matthias Anderegg, Kantonsrat, hat das Wort.*

Das Gerichtszentrum Solothurn wird mittel- bis langfristig zusätzlichen Raum benötigen. Die Liegenschaft Bielstrasse 3 grenzt direkt an das Amthaus 1 an. Gemäss Strategie «Eigentum vor Miete» wurde das Gebäude für 5.2 Mio. im Finanzvermögen erworben. Der Kaufvertrag wurde am 3. Juli 2023 unterzeichnet. Aufgrund einer Stimmrechtsbeschwerde einer Privatperson hob das Bundesgericht den RRB zum Kauf auf. Das Bundesgericht kam zum

Schluss, dass der Kauf der Liegenschaft als neue Ausgabe zu qualifizieren sei, die in der Beschlussfassungskompetenz des Kantonsrats liege. Da es sich um eine neue einmalige Ausgabe über 5.0 Mio. handelt, unterliegt diese dem obligatorischen Referendum und muss durch eine Volksabstimmung bestätigt werden. Die Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn empfiehlt die JA-Parole.

#### **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

#### **Parolenfassung**

Die SP Kanton Solothurn fasst einstimmig die Ja-Parole.



### **8. Kantonal: Bewilligungsausschluss für professionelle Lottoanbieter**

*Hardy Jäggi, Kantonsrat und Co-Präsident, hat das Wort.*

Die Vorlage beinhaltet die Ergänzung des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes mit drei Bestimmungen: Erstens wird die Betretungs- und Kontrollbefugnis neu auf Gesetzesstufe geregelt. Zweitens kann neu die zuständige Behörde einen unrechtmässig geführten Betrieb als Ultima Ratio schliessen oder einen gastwirtschaftlichen Gelegenheitsanlass verbieten. Durch die Bewilligungspflicht von Lottos und Tombolas, bei denen Gutscheine und Edelmetalle als Preise angeboten werden, gelangt die Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen zur Anwendung. Laut dieser Vereinbarung steht dem Kanton Solothurn eine Gesamtsumme (Kontingent) von circa 820'000 Franken für alle in einem Kalenderjahr bewilligten Kleinlotterien zur Verfügung.

Mit der Vielzahl der bewilligten Lottos und Tombolas als Kleinlotterien wird dieses Kontingent massiv überschritten. Zudem ist nicht auszuschliessen, dass Profilotterien mit solchen Geldspielen entsprechende kriminelle Handlungen wie beispielsweise Geldwäscherei, verfolgen. Mit dem Ausschluss von Profilotterien bei der Durchführung dieser Lottoveranstaltungen

leistet der Kanton Solothurn ebenfalls seinen Beitrag an die Bekämpfung der Geldwäscherei. Deshalb muss eine Regulierung gesetzlich verankert werden, damit die Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen nicht verletzt wird. Der dritte Punkt ist der Grund, weshalb die Profilottiers das Referendum ergriffen haben. Ich bitte darum, dass man dieser Gesetzesänderung zustimmt und somit das Referendum ablehnt.

### **Diskussion**

Hans Bieri, SP Stadt-Solothurn: Gibt es bei einer Annahme nicht ein Monopol für die Vereine, dass nur sie das anbieten dürfen.

Angela Petiti, Co-Präsidentin: Nein es ist eher umgekehrt, dass es aktuell ein Monopol ist für die Profilottiers, da diese Anfangs Jahr alle Gesuche eingeben und somit das Kontingent ausreizen.

Andri Meier, JUSO: Wenn diese Vereine, die jetzt einen professionellen Lottoanbieter engagieren, dies anschliessend alle selbst organisieren würden, wäre dies erlaubt und würde dann aber das Kontingent wieder sprengen?

Hardy Jäggi, Co-Präsident: Ja, wenn sie es tatsächlich dann selbst organisieren. Aber es gibt wohl Gründe, wieso sie es nicht mehr selbst organisieren wollten.

Susanne Schaffner, Regierungsrätin: Andere Kantone, die die Profilottiers verboten haben, schöpfen ihr Kontingent heute nicht mehr aus. Die Profilottiers generieren sehr viel Geld. Diese Gefahr besteht nicht.

### **Parolenfassung**

Die SP Kanton Solothurn fasst einstimmig die Ja-Parole.

## **9. Kantonal: Kürzung des STAF-Ausgleichs in den Jahren 2026/2027**

*Simon Bürki, Kantonsrat, hat das Wort.*

Die Abfederungsmassnahmen, Ausgleichgelder des Kantons an die Gemeinden zur Reduzierung der Einnahmeherausfälle durch die STAF-Revision, wirken bei einem Grossteil der Gemeinden. Auch zeigt sich, dass sich das Steueraufkommen der Juristischen Personen über alle Gemeinden gesehen bislang deutlich positiver entwickelt hat als seinerzeit angenommen. Das eigentliche Ausgleichsziel, nämlich die Hälfte der erwarteten Steuerverluste durch den Kanton gegenüber den Gemeinden kompensieren zu wollen, wurde bisher deutlich übertroffen. In Anbetracht dessen soll mit Blick auf die Zielsetzung des Massnahmenplanes 2024 der arbeitsmarktliche Lastenausgleich, welcher vollständig vom Kanton alimentiert wird, in den verbleibenden zwei Vollzugsjahren 2026 und 2027 um je 2 Mio. Franken gekürzt werden.

Der Kantonsrat hat der Vorlage mit 55 JA, 40 NEIN bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Die Geschäftsleitung beantragt dem Parteitag die Ja-Parole.



## **Diskussion**

Keine Wortmeldungen.

## **Parolenfassung**

Die SP Kanton Solothurn fasst mit 49 Ja Stimmen zu 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen die Ja-Parole.

## **10. Varia**

Angela Petiti, Co-Präsidentin, informiert zur Kündigung des GAV und den aktuellen Stand. In der Zwischenzeit hat der Angestelltentag stattgefunden und vom Kantonsrat wurden die Mitglieder der Spezialkommission «Personalrecht» gewählt. Von Seiten der SP werden Nadine Vögeli, Simon Bürki und Philipp Heri Einsitz nehmen. Die SP Kanton Solothurn hat ein Treffen mit allen Personalverbänden organisiert, um abzuklären, wie wir sie in diesem Prozess unterstützen können. Diese Zusammenarbeit wird weitergeführt.

Dominique Plattner, SP Dulliken, informiert über zwei Anlässe, Anlass vom 12. November in Olten zum Thema Prävention von Radikalisierung und Extremismus in Schule und Beruf sowie ein Anlass vom 4. Dezember in Starrkirch-Wil zum Thema Gleichstellung und Kita-Initiative der SP Schweiz.

Andri Meyer, JUSO: Seit zwei Jahren kann man live zuschauen, wie Menschen abgeschlachtet werden. Ich muss mir heute von linker Seite Anhören lassen, dass ich dazu schweigen soll. Wer die Berner Demonstrationsgegebenheiten kennt, weiss, dass es nicht so einfach ist, wie es sich nun die Linke teilweise macht. Es ist schade, wenn man von linker Seite nun nur noch über die Gewalt an der Demo spricht und nicht mehr auf die wichtigen Inhalte der Demo eingeht. Die Gewalt ist zu verurteilen, definitiv. Bitte spricht über den Völkermord in Gaza.

Angela Petiti, Co-Präsidentin schliesst den Parteitag um 16.15 Uhr.

